

Der stellvertretende Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber weiter, der ins Thema einführt.

Demnach gebe es eine Umsetzungspflicht des BTHGs bei den Kommunen und wesentlicher Zweck dieses Gesetzes sei es, die Situation der Behinderten zu verbessern. Das Land habe grundsätzlich eine Teilkonnexität anerkannt.

Das Wort wird an Herrn Formella weitergegeben, der weitere Erläuterungen gibt. Nach Auskunft von Herrn Formella ergebe sich der zusätzliche Personalbedarf direkt aus dem Gesetz.

Der behinderte Mensch rücke in den Mittelpunkt und neu im Verfahren sei, dass binnen einer relativ kurzen Zeit von drei Wochen alle Reha-Träger Absprachen zu umzusetzenden Maßnahmen getroffen haben sollen. In Schleswig-Holstein seien für die Eingliederungshilfe sowie die Verfahren die Kommunen zuständig. Es sei mit einem enormen Anstieg des Arbeitsaufwands z.B. durch wesentlich mehr Koordination zu rechnen. Es gebe auch einen neuen Unterstützungs- und Beratungsaufwand. Der Paradigmenwechsel hin zum behinderten Menschen, der im Mittelpunkt stehe, sei eine tolle Herausforderung, und für eine qualitativ hochwertige Leistung müsse die Stadt gut aufgestellt sein. Es gebe eine Verpflichtung zur jährlichen Berichterstattung und Bestandsfälle müssten alle zwei Jahre neu betrachtet werden. Mit steigenden Fallzahlen sei zu rechnen.

Herr Müller weist darauf hin, dass für die ab 01.01.2018 zu leistende Aufgaben aktuell kein Personal vorhanden sei und alle Stellen vor dem 01.01.2019 besetzt werden müssten.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist darauf hin, dass die neue Stelle für die Systembetreuung LÄMMkom zunächst auf drei Jahre befristet werden solle. Danach solle die Situation neu betrachtet werden.

Herr Florian fragt nach räumlichen Kapazitäten und weist darauf hin, dass die Eingliederungshilfe ein sensibler Bereich sei, der Beratung in Einzelbüros erfordere.

Herr Müller weist darauf hin, dass die Personalsuche einige Zeit in Anspruch nehmen werde und es auf dem Markt aktuell Konkurrenz geben würde.

Herr Rosenkranz gibt Erläuterungen zum Verfahren LÄMMkom.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber geht auf den Antrag des Personalrates ein, alle sieben Stellen bereits zum 01.07.2018 zu besetzen und zeigt - vor dem Hintergrund, dass die Arbeitsbelastung in Neumünster im Vergleich der vier kreisfreien Städte am größten sei - Verständnis für die insgesamt frühere Stellenbesetzung. Er schlägt vor, darüber nicht heute zu entscheiden, sondern eine neue Vorlage zur nächsten Ratsversammlung zu erstellen.

Frau Krebs und Frau Lingelbach sprechen sich im Hinblick auf eine insgesamt zügige Stellenbesetzung dafür aus, heute einen Beschluss zu fassen. Frau Krebs teilt mit, dass zur früheren Stellenbesetzung eine Beratung in ihrer Fraktion erfolgen werde.

Der stellvertretende Vorsitzende lässt über den Vorschlag, eine neue Vorlage zur nächsten Ratsversammlung zu erstellen, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	0

Beschluss:

Abgelehnt

Anschließend lässt der stellvertretende Vorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung